

Armut trotz Vollzeitwerbsarbeit - weltweit

Ich schlage meine Tageszeitung und auf und lese den Bericht von Erika F., die während der Spiele von Werder-Bremen Flaschen sammeln geht, weil sie von dem Geld ihres Teilzeitjobs nicht leben kann. Trotz vielfacher Versuche konnte sie keinen Vollzeit Arbeitsplatz erhalten. Sie ist mittlerweile eine von tausenden in Deutschland, die keine Chancen haben, mit dem Lohn ihrer Arbeit ein menschenwürdiges Leben gestalten zu können. Auch der vielgelobte wirtschaftliche Aufschwung im letzten Jahr hat die Situation für viele ehemals Arbeitslose nur geringfügig verbessert, denn ca. 40 % der neugeschaffenen Arbeitsplätze sind Mini- oder Teilzeitjobs, vielen von ihnen werden nicht angemessen bezahlt.

Die von Erika F. beschriebene Situation ist in den letzten Jahren für immer mehr Menschen, insbesondere aber für Frauen Realität geworden – sie finden keine Vollzeit Arbeitsstelle, müssen gering entlohnte Beschäftigungen bei Firmen annehmen, die in eklatanter Weise die gesetzlichen Arbeitsrechte missachten und sind dennoch häufig auf eine Zweitjob oder auf ergänzende soziale Leistungen angewiesen. Allein in Deutschland arbeitet jede dritte vollzeitbeschäftigte Frau zu Niedriglöhnen (mit 10 Prozent liegt der Niedriglohnanteil bei Männern hingegen viel niedriger). Und der Anteil der gering Entlohnnten wächst– trotz einer verbesserten Wirtschaftssituation stetig. Mittlerweile gibt es in Deutschland mehr als 1,2 Mio. Menschen, die mit dem Lohn eines Vollzeitverhältnisses nicht leben können und ergänzende soziale Leistungen beantragen müssen. Alleinerziehende Frauen sind in besonderer Weise darauf angewiesen, sich auf derartige Arbeitsverhältnisse und –bedingungen einzulassen. Häufig können sie aufgrund der Betreuungsnotwendigkeiten keine Vollzeitbeschäftigung annehmen, müssen Minijobs mit schlechter Bezahlung akzeptieren und geraten so in eine Armutsfalle. Tariflöhne unter 5 Euro sind in Deutschland keine Seltenheit mehr. Das bedeutet bei einer 40 Stunden-Woche eine monatlicher Bruttolohn von 840 (21 Arbeitstage) Euro! Der Niedrigstlohn für Friseur lag nach Ermittlungen des Bundesamts für Statistik bei 3,80 Euro, im Hotel- und Gaststättengewerbe bei 5,25 Euro und im Wachdienst bei 4,38 Euro.

Vielfach wird argumentiert, Niedriglöhne und Minijobs seien vor allem für unqualifizierte Arbeitskräfte eine Chance, überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen – die Realitäten jedoch sehen anders aus, etwa Zweidrittel der gering Bezahlten haben eine Ausbildung. So wie nachfolgend von Beate S. beschrieben, geht es vor allem vielen Frauen in den o.a. Berufen ebenso wie im Bereich Verkauf und Altenpflege. Wie schwierig es überhaupt ist, einen qualifizierten und angemessenen bezahlten Vollzeit Arbeitsplatz zu bekommen, erzählt Beate S.: „Eigentlich bin ich Kindergärtnerin mit Schwerpunkt Sonderpädagogik. Stellen gibt es in diesem Bereich aber leider kaum. Deshalb habe ich eine zweite Ausbildung zur Bürofachkraft gemacht. Aber auch dort sind die Aussichten schlecht. Seit sieben Jahren bewerbe ich mich neben meiner Arbeit auf Ausschreibungen in dieser Branche – ohne Erfolg. Das ist frustrierend. Ich befülle seit fünf Jahren Regale bei Woolworth für 6,30 Euro (brutto) in der Stunde. Bei einer 18,5 Stundenwoche bleiben mir am Monatsende gerade einmal 320 Euro netto zum Leben. Zusätzlich gebe ich im Sportverein wöchentlich drei Stunden Turnunterricht für Kinder. Früher habe ich dort als 400-Euro-Kraft gearbeitet. Damals hat mir das Finanzamt noch etwas zurück erstattet. Mit meiner halben Stelle im Warenhaus bin ich jetzt zwar arbeitslosenversichert, zahle aber bei der Steuererklärung 600 Euro im Jahr nach!“

Aufgrund der Ausgliederung der Reinigungsarbeiten aus Kostengründen die ehemals in Schulen, Krankenhäusern, Büros der öffentlichen Verwaltungen und Ämter geleistet wurden, haben, Reinigungsfirmen eine Hochkonjunktur erlebt, die sich dabei auch die neuen gesetzlichen Regelungen zunutze machen konnten und so zu Vorreitern der Billigzahler wurden. Insbesondere die Veränderungen Ihre Praktiken sind mittlerweile mehr und mehr einer kritischen Beobachtung ausgesetzt

Furore machte der Bericht von Carolina, einer Studentin aus Südamerika, die gerade einmal 2,80 pro Stunde für die Reinigung von Zimmern in einem der luxuriösesten Hotels, dem Ritz-Carlton in Hamburg erhielt. Im Februar 2006 zahlte man ihr netto 144,65 Euro für die Reinigung von 246 Zimmern aus, das bedeutet, für jedes gereinigte Zimmer erhielt Carolina im so genannten „Turn-Down“-Service exakt 60 Eurocent. Laut Arbeitsvertrag ist das pro Stunde etwa 2,80 Euro – nicht gerechnet die unbezahlte Vorbereitungszeit, Wartezeiten und Überstunden. Ihre tatsächliche Arbeitszeit wurde weder aufgezeichnet noch abgerechnet. Sie sagt, dass sie in jenem Februar bis zu sieben Tage die Woche gearbeitet hat. Der effektive Stundenlohn in diesem Monat läge dann sogar nur bei etwa 1,80 Euro. Erfurt – 30. Januar 2008 Angesichts des jüngsten Skandals um Dumpinglöhne in Münchner Luxushotels forderte die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Michaela Rosenberger, auf einer Tagung von Betriebsräten des Gastgewerbes eine stärkere Kontrolle in den Hotels und der mit der Zimmerreinigung beauftragten Fremdfirmen. Hotels, die pro Nacht 400 Euro verlangen argumentieren mit Kostengründen und machen die Augen davor zu, dass die Reinigungsarbeiten an Subunternehmen vergeben werden, die sich nicht an geltende Gesetze halten. (Eine Praxis die in der dritten Welt weit verbreitet ist – davon wird in diesem Buch noch ausführlich die Rede sein) – allerdings sind sie verpflichtet, darauf zu achten. Mitte Januar 2008 entdeckten in München Zollfahnder in zwei Hilton-Hotels und dem Sheraton-München Westpark 12 rumänische und bulgarische Reinigungskräfte, die mit Löhnen von bis zu 2,50 pro Stunde abgespeist erhielten. Die Gewerkschaft Nahrung-Gaststätten-Genuss ist der Auffassung, dass diese Praxis in 95 % aller Hotelbetriebe gang und gäbe ist. Deutschland eingesetzt werden. Seit Juli 2007 gelten für die Reinigungsbranche Mindestlöhne, in der in der niedrigsten Lohngruppe beträgt er 7,87 EUR (West) bzw. 6,36 EUR (Ost).

Auch staatliche Stellen profitieren von den Niedriglöhnen. Im Fall der schon erwähnten Firma Jurex argumentierte Günther Schulz vom Landesverwaltungsamt Berlin: »Das Land Berlin ist zur sparsamen Verwaltung seiner Mittel gehalten. Und, wenn Möglichkeiten bestehen hier Gelder einzusparen, ohne Qualitätsverluste, dann sind diese Möglichkeiten zu nutzen.«¹ So wurde das Hamburger Polizeipräsidium und die Münchner U-Bahn von Billiglohnkräften sowie der und Bundestag von Wachkräften mit einem Lohn von 3,98 bewacht.

Welche Folgen die Privatisierung ehemals staatlicher Dienstleistungen für die Beschäftigten hat, zeigt in eklatanter Weise die Veränderungen bei der ehemals Deutschen Bundespost hin zur Deutschen Post AG – eine Entwicklung, die alle Beschäftigten der Deutschen Bahn mit sorgfalt beachten sollten.

Das Beispiel Post

Der wegen Verdacht auf Steuerhinterziehung ausgeschiedene Klaus Zumwinkel galt lange als hervorragender Manager und wurde sogar für seine Tätigkeit ausgezeichnet. Zwar ist es unumstritten, dass die Post ihre Kundendienstorientierung erhöht hat und Beamtenmentalität abgebaut wurde, unumstritten auch bietet sie heute mehr Service und eine breitere Produktpalette. Aber bei der Belobigung von Zumwinkel wurde kaum beachtet, welche Preis vor allem die Beschäftigten in den neuen Poststellen und Dienstleistungsfirmen, die für die Post arbeiten, zahlen müssen.

Nach Informationen der Gewerkschaft ver.di wurden Deutschen Post AG zwischen 1999 und 2005 rund 29.000 Arbeitsplätze abgebaut. Im gleichen Zeitraum sind bei den konkurrierenden Unternehmen etwa die gleiche Anzahl von neuen Stellen geschaffen worden, allerdings keine Vollzeitarbeitsplätze, sondern Minijobs oder Teilzeitarbeitsplätze.

Welche Auswirkungen die Veränderungen für die Löhne der Beschäftigten haben, zeigt folgende Tabelle:

Einkommensbedingungen eines Zustellers*

	PIN AG **	Jurex **	Deutsche Post AG
Monatsentgelt	1.020,00 Euro	900,00 Euro	1.765,88 Euro
Stundenentgelt	5,86 Euro	5,17 Euro	10,54 Euro
Wochenarbeitszeit	40 Stunden	40 Stunden	38,5 Stunden
Urlaub (5-Tage-W.)	21 Tage	26 Tage	29 Tage
Urlaubsgeld	0,00 Euro	0,00 Euro	332,34 Euro
Weihnachtsgeld	0,00 Euro	0,00 Euro	1.765,88 Euro
Mehrarbeitszuschlag	0 Prozent	0 Prozent	25 Prozent

* 35 Jahre, 5 Beschäftigungsjahre

** arbeitsvertragliche Regelungen aus der Region Berlin ²

Charakteristisch für die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze ist die Beschäftigung in Arbeitsverhältnissen unter dem sozialversicherungspflichtigen Niveau. Viele Beschäftigte haben sich mit befristeten Arbeitsverträgen, Minijobs und mit ausgesprochen niedrigen Löhnen zu begnügen, die Arbeitsverhältnisse zeichnen sich durch ein hohes Maß an Unsicherheit, Instabilität und Abhängigkeit aus.. Oftmals erzielen deshalb selbst Vollzeitkräfte bei den Konkurrenten der Deutschen Post kein existenzsicherndes Einkommen und müssen ihr Gehalt durch Arbeitslosengeld II aufstocken.

Wie die Situation real bei den Firmen, die Brief- und Paketzustelldienste übernommen haben, aussieht, illustrieren nachfolgende Beispiele:

So deckte die Gewerkschaft ver.d.i die Situation bei dem Zusteller Schwabenpost auf, zugehörig zur Stuttgarter Zeitung. Bezahlt wird ein Stücklohn von 0,14 Cent pro zugestelltem Brief, ein Beschäftigter kommt so auf Stundenlohn von 3 bis 4,50 Euro. Eine Lohnfortzahlung gibt es nicht bei Krankheit und Urlaub, selbstverständlich kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld und keine besonderen Regelungen für Wochentags- und Feiertagsarbeit. Gewerkschaften sind unerwünscht. Als der Konzernbetriebsrat der Zeitung bei der Einrichtung eines Betriebsrates hilfreich zur Seite stand, kündigte die Firma betriebliche Umstrukturierungen an, den Beschäftigten wurde gekündigt und ihnen wurde angeboten, bei einer neugegründeten Firma wieder eingestellt zu werden. Pikanterweise befördert die Schwabenpost auch städtische Briefe. Deshalb wandte sich der SPD-Ortsverein Ditzingen mit einem offenen Brief an ihren Oberbürgermeister:

„Sehr geehrter Herr Makurath,
die Stadtverwaltung ist Kunde bei der SCHWABENPOST, einem Unternehmen der Stuttgarter Zeitungsgruppe. Unter dieser Firmierung organisiert der Konzern private Briefzustellung. Wie viele dieser Unternehmen, die derzeit versuchen, sich im Bereich der Briefzustellung zu

positionieren, macht auch die Schwabenpost dies mit Dumpinglöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versuchen sich zu wehren, indem sie die in unserem Land geltenden Arbeitnehmerrechte einfordern. Dazu gehört an vornehmster Stelle die Einrichtung eines Betriebsrates. Von der Gewerkschaft VER.DI hören wir, dass das Unternehmen mit allen Mitteln versucht, die Wahl eines Betriebsrates zu verhindern. So wurden drei vom Konzernbetriebsrat eingesetzte Wahlvorstandsmitglieder gekündigt. Das Unternehmen behauptet, es gäbe keinen gültigen Wahlvorstand. Die Kündigung erfolgte ohne Angabe von Gründen.

Die SPD- Fraktion ist der Auffassung, dass die Stadt Ditzingen keine Geschäftsbeziehungen mit einem Unternehmen unterhalten sollte, das sich nicht an die in unserem Land gültigen Gesetze hält. Wir bitten Sie deshalb, die weitere Beauftragung der Schwabenpost solange auszusetzen, bis das Unternehmen die für Arbeitnehmer und deren Rechte in Deutschland geltenden Regelungen umsetzt.“³

Weitere Beispiele: Die Hermes Logistik Gruppe vergibt z.B. seine Paketdienste an sogenannte Subunternehmen, die wiederum die Zusteller wie Selbstständige beschäftigen. Der Paketbote, der mir das Paket anliefern arbeitet 12 Stunden an 6 Tagen die Woche für 1.300 Euro netto, er ist froh, mich anzutreffen, denn kann er ein Paket bei dem Betroffenen nicht abliefern, bekommt er die Tour nicht bezahlt.

Ein anderes Beispiel: ein Freund wollte sich als Rentner als Fahrer einer Firma, die für die Post Pakete zustellt, etwas dazu verdienen. Er wurde als Aushilfskraft eingestellt, die Anlernzeit wurde nicht bezahlt. Die Post gibt genau vor, wie lange die Strecken dauern dürfen, und nur diese Zeit zahlt sie der Firma, die wiederum das Risiko auf die Beschäftigten abwälzt, wenn die Vorgabe wegen Verkehrsstaus oder Unfällen nicht eingehalten werden kann. Das Risiko bei Ausfall des Fahrzeugs wegen Schäden trägt der Beschäftigte ebenfalls, wenn die von ihr gestellten Fahrzeuge liegen bleiben. Wartezeiten, bis der Reparaturwagen kommt werden ebenso wenig gezahlt wie die Anfahrt des Wagens zum Flughafen, wo die Post für die Verteilung abgeholt werden muss. Arbeitsverträge werden gar nicht erst ausgestellt, Versicherungsfragen bei Schäden während der Arbeitszeit werden nicht eindeutig geregelt und auch auf den Betroffenen abgewälzt. So kam es bei meinem Bekannten schließlich bei einer dreimonatigen Tätigkeit mit wöchentlich mehr als 45 Stunden Fahrzeit zu einem Stundenlohn von 3 Euro!

Wie diese privaten Dienstleister ihre Beschäftigten schikanieren und von ihnen sogar noch zusätzliche, nicht entlohne Leistungen fordern, deckten Beschäftigte bei der Firma „Porto Sparen im Norden (PsiN) in Schleswig-Holstein auf:

Durch Stücklohnbezahlungen kommen die Beschäftigten bei Höchstzustellzahlen auf einen Stundenlohn von 4 Euro, wer weniger „Glück“ hat, d.h. wen er viele Kunden nicht angetroffen hat, schafft gerade mal 2 Euro. Um die Post zuzustellen, müssen die Beschäftigten eigene Fahrräder mitbringen, fallen Reparaturen an, müssen sie selbst zahlen. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es nicht und Urlaub wird umgangen, indem die Beschäftigung endet.⁴

Die Postzusteller versuchten während der Verhandlungen um den Mindestlohn den Eindruck zu wecken, sie würden aufgrund ihrer Mehrwertsteuer, die die Post ja nicht zahlen müsse, im Wettbewerb benachteiligt. Dass die Post jedoch eine bundesweite Grundversorgung gewährleistet, wurde dabei nicht erwähnt. Kaum war der Mindestlohn beschlossen, begannen die Firmen flugs den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Lohn vorzuenthalten,

indem sie neue Arbeitsdefinitionen vorlegten auf die die beschlossenen Löhne nicht zuträfen. Häufig sind es aber gar nicht nur neue oder kleine Firmen, die die Postdienste übernommen haben, sondern wie das Beispiel Stuttgart zeigt, sind es Zeitungsverleger, die sich ein Zusatzgeschäft auf Kosten der Beschäftigten erhoffen, so auch bei der City Post in Bremen, die durch den örtlichen Verleger der einzigen Zeitung betrieben wird, so auch die PIN-Group, die zu Bertelsmann gehört und ZNT. Im Jahr 2007 hat die Bundesnetzagentur eine Vollerhebung zu den Arbeitsbedingungen im Briefmarkt eingeleitet. – mit welchem Ergebnis bleibt abzuwarten.

Das Geschäftsmodell vieler Billigfirmen, besteht darin, darauf zu spekulieren, dass entweder nur „Zuverdienerinnen“ bei ihnen arbeiten oder aber die Beschäftigten ergänzende staatliche Leistungen in Anspruch nehmen. Gegenwärtig sind dies von 1,2 Millionen Menschen, die trotz Erwerbsarbeit zusätzlich staatliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Rechnet man nur durchschnittlichen zusätzlichen Leistungen von monatlich 200, summiert sich der Betrag auf immerhin 2,4 Millionen Euro pro Monat, die aus Steuergeldern gezahlt werden müssen.

Noch Billiger und Anspruchslose

Während schon Bedingungen viele legal Beschäftigte heute unzumutbare Arbeitsbedingungen hinnehmen müssen, ist die Situation für viele illegal Beschäftigte aus osteuropäischen Ländern in Deutschland katastrophal. Illegale Einwanderer putzen Wohnungen, betreuen alleinlebende alte Menschen, bauen und renovieren Häuser, kochen in Bars und Restaurants. Viel diskutiert wurden in den letzten Jahren der Einsatz von Erntearbeitern aus Polen insbesondere für die Spargelernte. Erst mal im Jahre 2007 hatten die Bauern Schwierigkeiten, ihre altgedienten Aushilfskräfte wieder zu bekommen, sie wollten nicht mehr zu den Niedriglöhnen arbeiten. Warum, wird verständlich, wenn man folgenden Bericht liest:

„Jedes Jahr wirbt Bauer S. beim lokalen Arbeitsamt osteuropäische SaisonarbeiterInnen für seine Ernte an. Und so reisen im Frühjahr 2002, vermittelt durch die Zentrale Arbeitsvermittlung (ZAV) 18 rumänische Frauen zur Spargelernte aus der Gegend um Arad an. Die Arbeitsverträge sehen 60 Arbeitstage und den gesetzlichen Mindestlohn vor. In der ersten Woche erhalten die Frauen keine Verpflegung, sie ernähren sich von ihrem Reiseproviand; die Unterkunft ist miserabel und erst nach drei Tagen bekommen sie Bettwäsche. Bauer S. beansprucht trotzdem 8 Euro pro Tag für Kost und 6,22 Euro für Unterkunft vom Lohn der Erntehelferinnen, obwohl der vorgeschriebene Höchstsatz für Verpflegung 2,51 Euro und für Logis 1,55 Euro pro Tag beträgt. Die Arbeit ist hart und den ersten Lohn von 50 Euro bezahlt der Bauer auf Drängen der Arbeiterinnen erst nach zwei Wochen. Dafür kaufen sich die Frauen zunächst einmal die für die Feldarbeit nötigen Gummistiefel und Gummihandschuhe.

Nach knapp einem Monat sind die Spargelfelder abgeerntet. Bauer S. verlautbart, er habe keine Arbeit mehr. Auch auf mehrfache Nachfragen hin, macht er weder Angaben zur Höhe des Lohnes, noch wann er ihn auszahlen möchte. All dies stimmt die Arbeiterinnen misstrauisch und sie beschließen abzureisen. Kurz vor der Abreise zahlt er den Frauen, anstatt des ihnen zustehenden Lohns (in willkürlicher Manier) zwischen 250 und 350 Euro aus. In den von ihm ausgestellten Lohnabrechnungen zieht er neben Unterkunfts- und Verpflegungskosten nie geleistete Sozialversicherungsbeiträge ab. Außerdem bezahlt er weder die geleisteten Überstunden noch Wochenendtarif. »Wir sind zwar einfache Leute, aber wissen trotzdem, was uns zusteht«, sagt Frau O. Und so kommt es, dass sie am Rückreisetag dem Bauern ihre von ihm vorenthaltene Lohnabrechnung entwendet.“⁵

Unlängst entdeckte Hauptzollamt in München bei einer Kontrolle von zwei Recyclingbetrieben 23 illegal beschäftigte Osteuropäer, die in zwei Industriehallen mit der Ausschachtung alter Elektrogeräte beschäftigt waren. Sie hantierten mit einfachen Werkzeugen und ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen.

Insbesondere auf den Baustellen sind zahllosen osteuropäische Arbeitskräfte eingesetzt. Ein pikanter Fall wurde im Januar 2008 publik, als sich beim Hauptzollamt Freiburg 36 Rumänen meldeten, da ihnen der Subunternehmer der Firma Züblin seit Dezember den Lohn vorenthalten hatte. Sie waren auf der Baustelle für das Offenburger Gefängnis eingesetzt.

Weit verbreitet sind ist die Betreuung von alten Menschen durch polnische Frauen. (Auf einer Internetseite werden übrigens Altenpflegerinnen und Forstarbeiter neben Bernsteinketten und Holzschnitzereien zu günstigen Konditionen angeboten!) Obwohl seit dem 01.01.2005 sich die Beschäftigung nur auf hauswirtschaftliche Aufgaben beschränken darf, die im Haushalt lebende Person mindestens Pflegestufe 1 haben. Muss und genaue genaue Gehaltsvereinbarungen entsprechend den deutschen Tarifen getroffen werden müssen sowie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung nur bis maximal 350€ angerechnet werden und die Arbeitszeit nur bis 38,5 Stunden betragen darf und die Arbeitskräfte eine Renten-Kranken- Unfall und Arbeitslosenversicherung haben müssen, sieht die Realität anders aus. Die meisten Frauen leben in der Wohnung der Betreuten Person mit uns sind meistens zuständig für eine Versorgung rund um die Uhr, selten haben sie einen Tag frei, sie arbeiten für ein Monatsgehalt von weniger als 1.000 Euro. Dennoch wirbt im Internet eine Firma folgendermaßen: „Arbeiten die Haushaltshilfen bzw. Betreuerinnen wirklich 24-Stunden?

„Die Antwort lautet natürlich nein. Jeder Mensch braucht Ruhe und Erholung, so natürlich auch polnische Pflegekräfte.

Die Kräfte sind vor Ort anwesend und können, so ein Notfall eintritt, eingreifen. Aber auch Sie brauchen im alltäglichen Fall Zeit für sich und müssen zudem genügend schlafen und es sind auch nur Menschen wie wir alle.

Wir bitten darum um Verständnis, wenn eine Altenpflegekraft nicht jede Sekunde ihres Daseins schlaflos mit der Aufgabenerledigung erfüllt sein kann. Dies sollte eigentlich selbstverständlich sein, einige Anrufer verlangen dies jedoch wirklich, darum wurde diese Frage hier mit aufgenommen. Die polnischen Haushaltshilfen, Pflegekräfte, Altenpflegerinnen, Krankenschwestern aus Polen unterliegen in Ihrer Ausübung polnischem Recht, da sie in Polen bei einer polnischen Firma angestellt sind. Nach polnischem Recht gilt als Maximalbelastung, reine Arbeitszeit, 48 Stunden wöchentlich. Wir bitten dringend, dies zu beachten.“⁶ Der Firma scheint entgangen zu sein, dass die Arbeitskraft in Deutschland arbeitet.

Dass die Gesetze keineswegs eingehalten, wird auf einer anderen Internetseite deutlich, da heißt es: „Altenbetreuer/innen haben keine Erfahrungen in der Pflege aber leisten 24-Stunden Bereitschaft bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 8 Std. pro Tag. (Altenbetreuer können nur leichte Hilfestellungen geben.)“⁷

Man schätzt, dass mehr als 10.000 illegale Arbeitskräfte in Deutschland leben, es können aber auch mehr sein, weil man sie schließlich nicht zählen kann.

Dumpinglöhne und Armut überall

War man bis vor kurzem noch davon ausgegangen, dass überwiegend Kurzzeitbeschäftigte aus osteuropäischen Ländern zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden und war es fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass Textil- und Elektroarbeiterinnen in den Weltmarktfabriken

Asiens, Lateinamerikas und Afrikas im Regelfall unterbezahlt werden, zeigt sich, dass heute fast alle Industrieländer von dieser Entwicklung betroffen sind. Armut trotz Vollzeiterwerbsarbeit⁸ ist auch in den hochentwickelten, reichen Industrieländern wieder ein bedrohliches Phänomen geworden. Das statistische Bundesamt stellt in einem Bericht „Armut und Lebensbedingungen, Ergebnisse aus LEBEN FÜR EUROPA für Deutschland 2005“ fest:

„ Die Armutsgefährdungsquote für Deutschland betrug im Jahr 2004 13 %, das heißt, 13% der Bevölkerung in Deutschland hatten ein verfügbares Äquivalenzeinkommen von weniger als 856 Euro im Monat. Insgesamt waren damit rund 10,6 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht, davon 1,7 Millionen Kinder unter 16 Jahren.“⁹ Die Quote ist in den letzten drei Jahren auf 17 % gestiegen und liegt damit im europäischen Mittelfeld.

Armutslöhne – weltweit „working poor“ genannt - sind heute längst nicht mehr ein Phänomen in den Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern auch in allen Ländern Europas – selbst in der Schweiz, die allgemein als reiches Land ohne Armut eingeschätzt wird. 2005 lebten in der Schweiz ca. 125'000 Personen trotz voller Erwerbstätigkeit unter der Armutsgrenze. Kinderreiche Familien und auch Alleinerziehende bilden die größte Gruppe.

Im reichsten Lande der Welt, den USA hat die Armut trotz Arbeit erschreckende Ausmaße angenommen: Im Jahr 2006 lebten 16,8 Millionen Menschen in armen Familien, das sind ca. 7,7 % aller Familien in den USA – dies sind 2,9 Millionen Menschen mehr als noch im Jahre 2000. Besonders groß ist der Anteil von Menschen hispanischer Herkunft: ihre Zahl stieg von 3 Millionen im Jahr 1990 auf 6,9 Millionen im Jahr 2006. Nicht miteingerechnet sind auch die die Zahlen der illegal Lebenden, die mittlerweile in den USA auf 22 Mio. geschätzt werden.

Was dies in den USA heißt, illustriert das Beispiel von Cynthia Palmer, die als Altenpflegehelferin in einem Altenheim in Marion, Alabama als Vollzeitkraft arbeitet. Sie ist alleinstehend und sorgt für ihre drei Kinder allein. Sie wohnen in einem kleinen Haus, weit weg von der Hauptsrasse. Der Fußboden ist alt und abgenutzt, es gibt kein Telefon, die Heizung ist defekt und der Vermieter weigert sich, sie zu reparieren. Ihre Arbeit fängt um 23 Uhr an, sie macht eine Runde durch das Haus, hilft den Bewohnern, zur Toilette zu gehen oder eine Bettpfanne zu nutzen. Alle zwei Stunden muss sie die bettlägerigen drehen, damit sie keine Wundstellen bekommen. Das kann sie kaum schaffen, da nicht genügend Personal da ist. Für vierzig Bewohner sind oft nicht mehr als zwei Altenpflegerinnen da. Sie muss die Rollstühle waschen, die Speiseräume saubermachen, die Flure moppen und die Kühlschränke reinigen. Bevor sie geht, hilft sie den Bewohnern noch beim Ankleiden für das Frühstück. Sie mag ihre Arbeit, kümmert sich um die Bewohner, spielt mit ihnen und gibt ihnen Wärme und Zuwendung. Sie selbst aber bekommt nur wenig Anerkennung.

Alle zwei Wochen bekommt sie 350 Dollar – damit hat sie ein jährliches Einkommen bei 51 Arbeitswochen, das nur die Hälfte des Lohnes, der als Armutslohn gilt, beträgt. Für die Miete zahlt sie 150 Dollar, dazu kommen noch Strom und Wasser. Es fällt ihr nicht leicht, ihre Kinder gesund zu ernähren oder aber benötigte Anschaffungen zu zahlen. Da sie keine Waschmaschine hat, ist es schwierig, die Kleidung der Kinder in Ordnung zu halten, sie wäscht in der Badewanne. Ein Auto kann sie sich nicht leisten, um zu Arbeit zu kommen, muss sie jemand die 25 Meilen mitnehmen und sie bezahlt die Fahrten, öffentliche Verkehrsmittel zu ihrem Arbeitsort gibt es nicht. Zu Fehlen kann sie sich nicht erlauben, sie fürchtet, dann sofort entlassen zu werden.¹⁰

So wie ihr geht es in den USA mittlerweile Millionen. 30 Millionen Amerikaner verdienen weniger als 8,70 \$, dem offiziellen Armutslevel der US- Regierung. Jedoch niedrige Löhne sind nur ein Teil des Problems – hinzu kommt das Fehlen grundlegender sozialer

Absicherung. Gerade Geringverdiener sind selten durch ihre Firmen kranken- oder rentenversichert, etwa 1/3 dieser Niedrigverdiener mit Kindern unter 6 Jahren haben keinen bezahlten Urlaubsanspruch und in den seltensten Fällen gibt es Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Wie dicht die dritte Welt an die erste gerückt ist, macht nicht nur die Situation in vielen osteuropäischen Ländern deutlich, ein besonders krasses Beispiel spielt sich an der Grenze USA - Mexiko ab.

Entlang der amerikanischen Grenze sind auf mexikanischem Boden tausende von Betrieben - sogenannte Maquiladoras - entstanden, die für US-Firmen produzieren – vor allem Textilien, so z.B. für Levi Strauss in El Paso, Texas. Aber nicht nur die Textilindustrie der USA ist von einer Verlagerung betroffen gewesen, sondern auch die Elektronik und Autoindustrie. In Mexiko gab es im Jahr 2000 mehr als 4.500 Betriebe mit mehr als 1,2 Millionen Beschäftigten.

Die Textilfirmen beschäftigen überwiegend junge Frauen zwischen 14 und 20 Jahren, die an sechs Tagen der Woche täglich 10 Stunden mit nur wenig Pausen die hohen vorgegebenen Stückzahlen abarbeiten. Sie verdienen gerade einmal ein Fünftel dessen, was amerikanische Arbeiterinnen erhalten. Der Durchschnittswochenlohn beträgt ca. 50 \$, er reicht nicht, um eine Familie zu ernähren.

Das Beispiel von Teresa Hernández wirft ein grelles Licht auf die Situation vieler Frauen: Als sie von Mexico City an die Grenze kam, um in einer „Maquiladora“ zu arbeiten, waren ihre Kinder acht und 10 Jahre alt. Sie war alleinerziehende Mutter . Ihre Kinder frühstückten allein und gingen zur Schule, denn ihre Schicht begann um 6:30 Uhr und dauerte bis 15 Uhr. Ihr Verdienst reichte für den Unterhalt der Kleinfamilie nur spärlich. Der Tageslohn betrug ca. 4 \$. Nachdem ihre Schicht zuende war, arbeitete sie deshalb noch bei einer reichen Familie als Putz- und Bügelfrau, danach kam ihre dritte Schicht zu Hause.

So wie in den USA die Unternehmen von der Nähe billiger und williger Arbeitskräfte, also von der Not der Menschen profitieren, profitieren auch europäische Unternehmen im Elektronik- und Textilbereich von der gleichen Situation, indem sie in Asien, Afrika und zunehmend auch in den osteuropäischen Ländern und der Türkei ihre Produkte herstellen lassen, häufig sogar in sogenannten Export-Sonderzonen, in denen sie vergünstigte Bedingungen erhalten. In 116 Ländern sind in den letzten zwanzig Jahren sogenannte freie Exportzonen entstanden, in denen mehr als 43 Millionen Menschen arbeiten, 90% der Beschäftigten dieser Zonen sind Frauen.¹ In diesen Zonen gelten besondere Steuer- und Zollbestimmungen und bestehende Arbeitsgesetze werden vielfach ignoriert. Im Jahr 2004 legte die Organisation Südwind eine Studie über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Fabriken, die in diesen Wirtschafts-sonderzonen produzieren vor.¹¹ In den untersuchten Betrieben waren jeweils 75 – 95 Prozent der Beschäftigten Frauen. Die Firmen, arbeiteten u.a. für Otto, Reebok, Nike, Adidas, Karstadt. Die Beschäftigten legten dar, dass der von den Firmen ausgezahlte Lohn für eine Arbeitswoche von durchschnittlich 55 Stunden für das Lebensnotwendige nicht ausreicht – er lag ca. 20 – 25 % unter diesem Niveau.

Mit der Auslagerung von Industrieproduktion haben sich die einige Entwicklungsländer zu Exportnationen entwickelt. Betrug der Anteil der Exporte von industrieller Produktion in den Entwicklungsländern 1980 gerade einmal 17%, waren es im Jahr 2000 bereits 70%. Hauptinteresse der überwiegend armen Länder an einer Ansiedlung von Firmen sind die Arbeitsplätze. Eine weitergehende Entwicklung des Landes ist vielfach wird durch diese Ansiedlungen jedoch nicht initiiert, da durch die sich ansiedelnden Firmen keinerlei Ausbildungsmöglichkeiten entstehen und durch das geringere Steueraufkommen auch

staatlicherseits keine größeren Investitionen in die Infrastruktur gemacht werden. Die einheimischen Firmen profitieren nur dann, wenn sie die von den großen Konzernen diktierten Bedingungen akzeptieren – mit der Folge, das Kleinstunternehmer Dumpinglöhne zahlen, häufig sogar Kinder beschäftigen und unzumutbare Arbeitsbedingungen in Sweatshops oder in Heimarbeit anbieten. Auch einheimische Händler profitieren nur wenig von den Löhnen, da sie zu gering sind, um einheimische Märkte anzukurbeln.

Im Jahr 2004 legte die Organisation Südwind eine Studie über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Fabriken, die in diesen Wirtschaftssoonderzonen produzieren vor.¹² In den untersuchten Betrieben waren jeweils 75 – 95 Prozent der Beschäftigten Frauen. Die Firmen, arbeiteten u.a. für Otto, Reebok, Nike, Adidas, Karstadt. Die Beschäftigten legten dar, dass der von den Firmen ausgezahlte Lohn für eine Arbeitswoche von durchschnittlich 55 Stunden für das Lebensnotwendige nicht ausreicht – er lag ca. 20 – 25 % unter diesem Niveau.

Hauptländer der Textilproduktion sind China, Bangladesh, Indonesien und Thailand, in den letzten Jahren aufgrund noch „günstigerer“ Bedingungen Vietnam und Kambodia. In Chinas Textilindustrie, die schon im Jahre 2000¹³ ca. 21 der weltweiten Textilexporte produzierte, arbeiten ca. 15 Mio. Menschen, die überwiegende Mehrheit sind junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren (75 %), die aus den ländlichen Provinzen in die Küstenzonen Ostchinas kommen,¹⁴ weil die wirtschaftliche Umwälzung in China zu einer enormen Verarmung der ländlichen Bevölkerung geführt hat. Die Geschichte von Frau Li illustriert anschaulich die Lebenssituation:

Sie kam aus der Provinz Hebei in die Hauptstadt Peking und arbeitet in einer Textilfabrik 50 bis 54 Stunden die Woche für ca. 98 Euro monatlich. Sie lebt mit sieben anderen Frauen in einem Zimmer in einem tristen Viertel. Obwohl das Gesetz offiziell eine Fünf-Tage-Woche und einen Achtstundentag vorschreibt und maximal 36 monatliche Überstunden erlaubt, arbeiten die meisten Beschäftigten viel länger. Urlaub haben sie – wenn sie Glück haben - 14 Tage, wenn sie Pech haben, überhaupt keinen. So auch Frau Li, die gerade einmal drei Tage im Jahr frei bekommt und wöchentlich mehr als 15 Überstunden machen muss. Aber schlechter noch erging es Frau Fu Hongqin: Mit 19 Jahren hatte sie ihr Heimatdorf verlassen und fand in Huizhou eine Arbeit in einer Batteriefabrik. „Ich bin ein Glückskind, dass ich in dieser Fabrik arbeiten kann. Ich hoffe, die Fabrikleitung gibt mit Gelegenheit, mich weiter zu entwickeln. Ich werde mein bestes geben, jede Tätigkeit zufrieden stellen auszuführen,“ schrieb sie in einem Brief an die Fabrikleitung nach ihrer Einstellung. Fortan arbeitete sie ohne zu klagen. Überstunden waren selbstverständlich. Im Mai 2004 klagte sie über Schmerzen in den Beinen, konnte kaum noch gehen, eine Nierenfehlfunktion wurde festgestellt. Sie kehrte in ihre Heimat Sichuan zurück, wo sie 2006 starb. "Ich hätte nie in diese Fabrik gehen sollen, es war so unbeschreiblich schmerzhaft dort", sagte Fu Hongqin ihrer Mutter vor ihrem Tod.¹⁵ Von Cadmium-Vergiftungen sind insgesamt 400 Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen, die sich jetzt gegen die Verharmlosung wehren. Sie bezichtigten auch die Firmenleitungen, mit den Krankenhäusern zusammengearbeitet zu haben, um verharmlosende Berichte zu erhalten.¹⁶

Einen Einblick in die Arbeit in den Wirtschaftssoonderzonen von Shenzhen vermittelt uns die Arbeiterin Tong Fung; „Ich arbeite in der Kleiderfabrik King Fung in Shenzhen., Ich werde nach Stückzahlen bearbeitet. Meine offizielle Arbeitszeit ist von 7:50 bis 12 Uhr und von 1 Uhr bis 17:30, das sind zusammen neun Stunden.. Die Fabrik hat mit uns einen Vertrag gemacht, danach müssten wir nur acht Stunden arbeiten, aber das dient nur dazu, das man das den Kontrolleuren vorlegen kann. Meistens machen wir täglich noch 2 Überstunden. Zu Hochsaisonzeiten müssen wir sogar 4 Überstunden machen, manchmal sogar fünf, das erlauben unsere Arbeitsgesetze. Jedes Jahr erlaubt uns die Fabrik am 1. Maifeiertag einen

freien Tag, obwohl das Gesetz drei aufeinanderfolgende Tage im Mai vorschreibt. Während des Frühlingsfestes dem Neujahresfest – gibt uns die Fabrik 10 Tage frei, darin sind aber drei Urlaubstage enthalten.

Abhängig davon, welche Fähigkeiten die einzelnen Stücke fordern, müssen wir pro Tag 500 bis 3000 Stücke fertig bekommen. Die höchste Bezahlung die wir erreichen können ist 5 Cent pro Stück, aber für die meisten Stücke bekommen wir nur 1 Cent. Von der Fabrik erhalten wir 35 Cents für eine abendliche Überstunde, aber wenn wir samstags oder sonntags arbeiten müssen, gilt das nicht als Überstunden. Normalerweise haben wir fast jeden Monat 100 Überstunden, dabei sind die Samstage und Sonntage noch nicht mit einbezogen. Mittlerweile beträgt die zusätzliche Zeit von Samstag und Sonntag 40 Stunden monatlich. Aber dennoch verdiene ich gerade 1.400 RMB im Monat. Es gibt eine Sozialversicherung in der Fabrik, in die man aber nur reinkommen kann, wenn man ein Jahr lang dort gearbeitet hat. Ich habe andere Freunde gefragt, wie es bei ihm in der Fabrik ist, da ist man von Anfang an versichert. Ich habe meinen Vorgesetzten mehrmals gefragt. Nach acht Monaten Betriebszugehörigkeit wurde ich endlich aufgenommen.

In der Fabrik ist alles voller Staub, aber wir bekommen keinen Mundschutz. Abends ist unser ganzer Körper voller Staub – aber wenn etwa Käufer oder Inspektoren kommen, dann bekommen wir Mundschutz und eine Kappe.

Im März 2006 wurde uns von unseren Abteilungsleitern gesagt, die Fabrik würde nach Zhulai City verlegt werden. Arbeiter, die der Verlegung zustimmten, würden eine Entschädigung erhalten, Näherinnen und Stickerinnen die länger als ein Jahr beschäftigt sind 600 RMB und 300 RMB für die, die weniger als ein Jahr da sind. Aber in meiner Abteilung erhielten die, die länger als ein Jahr da waren nur 300 RMB und die darunter nur 200. Nachdem sich mehrere Arbeiterinnen beim Arbeitsministerium beschwert hatten.“

Ähnlich die Situation auch in Bangladesh, wo mehr als 1,5 Mio. Menschen in der Bekleidungsindustrie - auch hier sind es mehr als 80 % Frauen – beschäftigt sind. Wie dies Situation für die jungen Frauen ist, erzählten die 18 jährige Munni und die 22 jährige Mahfuzain der Textilfirma Urmi Garments in Bangladesh arbeiteten, die für Tchibo produziert und aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten entlassen wurden:

„Mahfuza (22 Jahre) war. Anfang 2003 e 7 Monate Arbeiterin bei Urmi Garments. Ihr Monatslohn betrug 1800 Taka, was damals etwa 23 Euro entsprach. Ihre tägliche Arbeitszeit betrug 12 Stunden, von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr abends, gelegentlich bis 22.00 Uhr mit einer Stunde Mittagspause. Wenn sie für die Nachtschicht eingesetzt wurde, musste sie bis 3.00 Uhr oder 5.00 Uhr morgens arbeiten. Anschließend konnte sie sich 1 bis 2 Stunden in der Mahfuza, gegen 6.00 Uhr nach Hause gehen, sich waschen, essen und musste um 8.00 Uhr wieder in der Fabrik anfangen. Sie musste an den meisten Feiertagen bis 17.00 Uhr arbeiten. Für Überstunden bekam sie einen halben „normalen“ Stundenlohn, manchmal sogar noch weniger.

Razia, Arbeiterin in einer anderen Fabrik leidet unter starken Blasenproblemen. Der Grund: Die Benutzung der Toilette ist durch eine Benutzungskarte geregelt. Dazu gibt es eine Warteliste, in die man sich eintragen lassen muss. Nur nach längeren Zeitabständen gibt es die Erlaubnis, dorthin zu gehen. Und zwar nur für jeweils eine Person aus einer Reihe von 100 Näherinnen. „Die meisten von uns tranken deshalb sehr wenig oder mussten den Urin anhalten, so dass es zu vielen Gesundheitsproblemen kam“, erinnert sich Razia. Untersuchungen der deutschen Kampagne für Saubere Kleidung haben ergeben, dass die Beschäftigten bei Tchibos Zulieferern nur mündliche Lohnzusagen erhalten und jeder Lohn individuell vereinbart wird, einen schriftlichen Arbeitsvertrag erhalten sie nicht, die

Arbeiterinnen haben keinen Versicherungsschutz und Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden sind normal.

Abbau von Arbeitsschutz – und Arbeitsrechten weltweit

Nicht nur die Niedriglöhne sind gegenwärtig ein viel diskutiertes Phänomen, sondern festzustellen ist in verstärktem Maße eine Missachtung von Arbeitsgesetzen und –normen sowie die Missachtung des Arbeitsschutzes. In welcher Form dies geschieht illustriert das nachfolgende Beispiel von Carolina M. einer Studentin aus Südamerika, die hier ihr Studium durch Arbeit in einer Reinigungsfirma finanzieren wollte. Nach einer Woche Probezeit – natürlich unbezahlt – erhielt Carolina von der Gebäudereinigungsfirma C. K. Gebäudeservice, einem Mitgliedsbetrieb der Gebäudereinigerinnung, einen zunächst auf sechs Monate befristeten Vertrag über ein „Probearbeitsverhältnis“. Eine 20-Stunden-Woche an fünf Tagen von Montag bis Sonntag wurde vereinbart. Tatsächlich aber arbeitete Carolina dann meist mehr und oft auch an sieben Tagen die Woche. Der Arbeitsvertrag der Südamerikanerin enthielt fast nur Klauseln, die den Arbeitgeber begünstigen und den Arbeitnehmer zum rechtlosen Lohnsklaven machen. Beispielsweise ließ sich C.K. unterschreiben, dass die Arbeitnehmerin verpflichtet ist, „an den Arbeitgeber eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu einem Bruttomonatslohn zu zahlen, a) wenn er/sie das Arbeitsverhältnis vertragswidrig, insbesondere ohne Einhaltung der Fristen, beendet oder gekündigt wird“. Auf die (allgemeinverbindlichen) Gebäudereiniger-Tarifverträge wurde nur unter dem Punkt „tarifliche Kündigungsfristen“ Bezug genommen. Dafür erlaubte sich die Firma eine einseitige Kürzung *oder* „Anpassung“ der wöchentlichen Arbeitszeit nach „dringendem betrieblichem Bedarf“ oder zur „Umsetzung künftiger Lohnerhöhungen“.

Arbeiten zum Nulltarif wird sogar manchmal von staatlicher Seite gefördert. So beschäftigte ein Busunternehmen in Düren auf Vermittlung der Bundesagentur für Arbeit sieben Praktikanten als Fahrer im regulären Betrieb. Manchmal waren sie von vier Uhr morgens bis 21 Uhr abends unterwegs. Als Menoutsch Salehi – einer von ihnen - nach dreieinhalb Monaten einen freien Tag für Behördengänge erbat, war die zuvor in Aussicht gestellte Festanstellung dahin. Obendrein warf ihm die Arbeitsvermittlung noch einen böswilligen Abbruch der Eingliederungsmaßnahme vor und kürzte sein Arbeitslosengeld um 30 Prozent. Der Busfahrer klagte - und bekam Recht. „Eindeutig stellte das Aachener Sozialgericht fest: Auch die Einarbeitung in einen Betrieb ist zu entlohnen. Unentgeltliche Arbeit ist nicht zumutbar.“ Außerdem sei die Firma durch die Arbeitsvermittlung noch 28 Monatsgehälter entlastet worden und habe so einen enormen Wettbewerbsvorteil erzielt. „Das Busunternehmen in Düren ist kein Einzelfall: Der Bertelsmann Club in Nordhorn ließ ebenfalls viele neue Mitarbeiter acht bis zwölf Wochen über Arbeitslosengeld II finanzieren. Anschließend bekamen die besten Jahresverträge mit sechsmonatiger Probezeit. Selbst einen einfachen Putzjob gibt es heute manchmal nicht mehr ohne "Praktikum". So finanzierte der Staat der Reinigungsfirma RKZ, einem Tochterunternehmen der privatwirtschaftlichen Rhön-Klinikum AG, vier Hilfskräfte zum Einsatz in der Uniklinik Marburg. Und auch die Zulieferfirma Faurecia, ein Zulieferer von BMW in Leipzig, hat viele Arbeiter zum Nulltarif beschäftigt.“¹⁷ Missachtung von Arbeitssicherheitsbestimmungen bei Einsatz ausländischer Arbeitskräfte auf Baustellen sind ebenso häufig, wie die Missachtung von Ruhezeiten bei Fernlastfahrern. In Dortmund wurde ein Spediteur verurteilt, bei dem nach einer Erstverurteilung zu 90.000 Euro weiterhin u.a. das Nichteinhalten der Tagesruhezeit seiner Fahrer in 134 Fällen und das Überschreiten der Tageslenkzeit in 105 Fällen festgestellt wurde.

Katastrophale Bedingungen herrschen auch auf vielen Großbaustellen, nicht nur die Lohndrückerei macht den überwiegend ausländischen – überwiegend osteuropäischen - Arbeitskräften zu schaffen, sondern auch die Arbeitszeiten von 10 Stunden täglich an sechs Tagen. Häufig wohnen sie zusammengepfercht in Containern auf der Baustelle. „Kommt es

zu einer Razzia, hören die Beamten von den Arbeitern stets die gleiche Geschichte: 12,47 Euro Stundenlohn – also exakt das gesetzliche Minimum –, fünf Tage Arbeit pro Woche. Oft sind es die einzigen Zahlen, die die Arbeiter auf Deutsch sagen könnten. Auch lassen sich manche Chefs die formal korrekte Bezahlung des Mindestlohns von ihren Arbeitern schriftlich bescheinigen – und drücken den Beamten den Zettel in die Hände. Die sind nicht selten machtlos.¹⁸ Im Jahr 2007 hat den Anteil tödlicher Unfälle auf Baustellen um 25 % zugenommen. Ursachen dafür sind der enorme Arbeitsdruck und die überlangen Arbeitszeiten, die häufig zu einer Missachtung von Arbeitsschutzmaßnahmen führen.

In Deutschland entwickelten sich in vielen Bereichen Grauzonen der Beschäftigung, in denen ein fast gesetzloser Zustand zu herrschen scheint. Die Situation auf den Schlachthöfen ist hier neben der Bauindustrie ein gravierendes Beispiel. Im Jahr 2005 wurden in NRW über 150 große Schlachthöfe kontrolliert, in 50 von ihnen wurden illegale Arbeiter entdeckt. Allein in den kontrollierten Betrieben waren mehr als 6.000 osteuropäische Arbeitskräfte eingesetzt. Jedes dritte Unternehmen hat gegen die Arbeitszeitschriften verstoßen, teilweise wurden sogar Arbeitszeiten von bis zu 19,5 Stunden angetroffen. Wie auf dem Bau wurden die Beschäftigten zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in einem der Betriebe wurden die Arbeiter in einem Schweinestall untergebracht - ohne Fenster und nur mit mangelhafter Ausstattung. Durch den Einsatz dieser Arbeitskräfte sind z.B. in der Region zwischen Oldenburg und Bielefeld 6.000 Arbeitsplätze verloren gegangen seien. Bundesweit schätzt man, sind es rund 26.000 ordentlich bezahlte Jobs. Bei der Norddeutschen Fleischzentrale in Emstek beispielsweise arbeiteten 2005 rund 600 Mitarbeiter, 300 noch aus der Region, 300 aus allerlei Ländern Albert S, aus Oldenburg, alt und gelernter Schlachter, arbeitete zehn Jahre lang im Schlachtgewerbe, er beschreibt die Auswirkungen dieser Veränderungen: „Vor zehn Jahren, da haben wir gut verdient. Sogar Hilfsarbeiter haben 3- bis 4.000 DM bekommen, die Aufhänger, die haben im Akkord gearbeitet, die bekamen 4.000 DM. Diese Zeiten sind vorbei, heute bekommen die nur noch rund tausend Euro, um die Hälfte weniger.“ Bevor er entlassen wurde, „durfte“ er gemeinsam mit seinen Kollegen bei Standard Fleisch in Oldenburg die osteuropäischen Nachfolger auf ihren bisherigen Arbeitsplatz noch anlernen. Albert S. fuhr die nächsten Monate über 280 Kilometer zum Schlachthof in Bochum. Für drei Monate, dann kam auch dorthin Ersatz aus Polen. Albert S. wechselte nach einer Umschulung die Branche

Die Ignorierung von Arbeitsschutzbestimmungen führt in der dritten Welt häufig zu tödlichen Folgen, wie das nachfolgende Beispiel aus Bangladesch zeigt:

„Der 3. Mai begann wie jeder normale Arbeitstag für geschätzte 3.000 bis 5.000 Arbeiterinnen der mit Menschen vollgepackten fünf Bekleidungsfabriken im Misco-Supermarkt-Komplex in Dhaka, Bangladesch. Einige Stunden später barst ein Transformator nicht weit vom Gebäude entfernt. Es wurden Funken gesehen, die in alle Richtungen flogen. Ein Feuer brach in einer menschenüberfüllten Gasse aus, wo eine religiöse Veranstaltung stattfand. Die Arbeiterinnen dachten, es gebe Feuer in der Fabrik und flohen in Richtung einer schmalen Treppe, während einige Arbeiterinnen durch die Notausgänge hinter dem Gebäude entkamen. Die meisten von ihnen versuchten über die Haupttreppe zu fliehen, wo jedoch das Tor verschlossen war. Das hatte den Tod neun junger Frauen zur Folge, die in der folgenden Massenflucht zu Tode getrampelt wurden. 50 andere wurden verletzt.“ Dies war nicht das erste Mal, dass eine Fabrik in Bangladesch brannte und Menschen dabei umkamen.

Die geschilderten Beispiele werfen nicht nur ein Licht auf gegenwärtige Arbeits- und Lebensbedingungen in Firmen, die überwiegend für die reichen Länder oder für kaufkräftige Kunden, also für uns produzieren, sie werfen zugleich auch die Frage auf, ob unser Bedürfnis, möglichst billig T-Shirts, Jeans, Sportbekleidung, Designermode und Taschen,

Handies und Laptops kaufen zu können, Ursache für die Armutslöhne sind. Umgekehrt stellt sich die Frage, ob die Verlagerung von Firmen in Billiglohnländer – glaubt man den Firmen - eine Notwendigkeit sind, um konkurrenzfähig zu bleiben und den Verbrauchern günstige Ware anbieten zu können. Im Verlauf dieses Buches wird auf diese Fragen näher eingegangen.

Wenn heute weltweit Millionen von Menschen zu Löhnen arbeiten, von denen sie nicht leben können, häufig zwei oder mehr Jobs annehmen, um sich und ihre Kinder zu ernähren, stellt sich auch die Frage, warum gibt es nicht mehr Widerstand, oder besser noch, deutlicheren Widerstand? Warum lassen sich auch bei uns so viele Menschen auf derartige Löhne und Arbeitsbedingungen ein?

Antworten finden sich, wenn man zum einem daran denkt, das die Lebensbedingungen selbst kaum Zeit lassen, die eigene Lage zu reflektieren, weniger noch, aktiv zu werden. Für die meisten Frauen beginnt nach der ermüdenden Arbeit eine zweite Schicht in der Familie und für viele junge Mädchen in Asien und Lateinamerika gibt es aufgrund kultureller Restriktionen, familiärer Verpflichtungen und gesellschaftlicher Vorurteile gegenüber Frauenerwerbsarbeit nur wenig Möglichkeiten, sich über ihre Rechte zu informieren und gegen Verstöße aktiv zu werden.

Wachsender Druck gegen Interessensvertretungen

Im Zuge der Globalisierung hat der Druck auf gewerkschaftliche Interessensvertretungen zugenommen. In vielen westlichen Industrieländern wurden viele Errungenschaften abgebaut, in den ehemals kommunistischen Ländern existieren zwar häufig noch gesetzliche Bestimmungen, die aber in der Praxis kaum Anwendung finden, in Asien, Afrika und Lateinamerika werden Arbeitsrechte häufig entweder gar nicht oder nur eingeschränkt gewährt, auch dort wo es gesetzliche Vorgaben gibt.

Dies wiederum sei an einigen Beispielen illustriert: Werfen wir einen Blick in den Reinigungsservice in Deutschland, einer Branche, die aufgrund der Privatisierung ehemals im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu einer enormen Ausweitung von geringfügigen und sozial schlecht oder gar nicht abgesicherten Frauenarbeitsplätzen geführt hat: Nach Hinweisen über schwere Arbeitsrechtliche Verstöße des Reinigungsservice in der Oldenburger Firma Cine-Clean, zuständig für die Reinigung des CinemaXX-Theaters, bewarb sich im Auftrag der IG Bau-Agrar-Umwelt Rosi M. Sie begann am 26. Januar um fünf Uhr morgens. „Zu Beginn wurde ihr erklärt, die Arbeit dauere jeweils drei Stunden am Tag, auch samstags und sonntags. Bezahlt werde eine Pauschale von 325 Euro im Monat. Nach Tarif wären dafür inklusive Zuschläge rund 700 Euro im Monat fällig. Aber nicht nur die Entlohnung war niederschmetternd: Als Arbeitsmaterial dienten gewöhnliche Hausstaubsauger, eine Einweisung im Umgang mit besonderen Chemikalien gab es nicht. Zunächst erhielt Rosi nicht einmal einen Arbeitsvertrag, vom allgemeinverbindlichen Tarifvertrag wollte der Chef nichts wissen. Da es den anderen Frauen nicht viel besser ging, lud die IG BAU am 13. Februar 2007 alle Beschäftigten zu einer Informationsveranstaltung ins DGB-Haus ein - vier Kolleginnen klagten daraufhin ihr Recht ein. Am selben Tag wurde Rosi telefonisch von der Arbeit freigestellt.“¹⁹ Nicht nur im Reinigungsgewerbe sind Niedriglöhne und Minijobs gang und gäbe, auch die großen Hotelketten mit Vier- und Fünf- Sterne Häusern, denen eigentlich an einer sorgfältigen Pflege und einem rücksichtsvollen Umgang mit ihren Gästen gelegen sein müsste, machen da keine Ausnahme.

Versuchen sich Beschäftigte gegen die skrupellos zu nennenden Praktiken zu wehren, kommt es häufig zu massiven Einschüchterungen. Das mussten auch jüngst die Beschäftigten von PIN erleben, ein Unternehmen, das überwiegend Bertelsmann gehört. So deckte noch vor

den Verhandlungen um einen Mindestlohn in diesem Bereich Report Mainz am 29. September 2007 auf, dass eine Demonstration der Beschäftigten gegen den Mindestlohn betrieblich angeordnet war: „»Die großen Chefs kamen halt zu uns in die Firma, haben uns aufgeklärt über die Situation. Und dass wir halt demonstrieren müssen, und sie sollen halt alle mitkommen; Es wird alles bezahlt, der Arbeitstag wird voll bezahlt, die Busse werden gestellt, Plakate, Trillerpfeifen. Und da wurden am selben Tag noch Namenslisten ausgeteilt, wo man unterschreiben musste. Eigentlich bin ich da gegen meinen Willen hingefahren, also ich wurde dazu gezwungen, kann man sagen,“ so ein Beschäftigter.²⁰ Und der Betriebsrat berichtete: »Also die Rede, die dort oben gesprochen wurde, ist vom Arbeitgeber geschrieben worden. Erst kurz vor der Demonstration, wurde sie demjenigen, der oben gesprochen hat, übergeben. Auch ohne Zustimmung des Betriebsrates, also keiner vom Betriebsrat hat die je gesehen, diese Rede. Und mehrere haben halt gesehen, wie er sie vom Arbeitgeber überreicht bekommen hat. Und gesagt hat, hier lies mal vor, mach das mal.«²¹ Initiator dieser „Gewerkschaft“: der ehemalige Präsident der Bundesanstalt für Arbeit und SPD-Mitglied Florian Gerster! Kaum war der Tarifvertrag für Postdienste abgesprochen, drohte die PIN mit Entlassungen der Beschäftigten. Zudem versuchte die Betriebsleitung in der Öffentlichkeit noch einzureden, die hohen Lohnforderungen trieben die Firma in den finanziellen Ruin. Wenig später jedoch schon stellte sich heraus, dass die PIN längst schon gravierende finanzielle Probleme hatte, als sie Niedrigstlöhne zahlte. In einem Interview in der Zeit äußerte sich Horst Piepenburg, der neue Vorstandschef zur Situation nach der Anmeldung der Insolvenz von 17 der 91 Gesellschaften der PIN-Group: „ Im Fall der Insolvenz zahlt die Bundesagentur für Arbeit Insolvenzgeld in Höhe von 100 des Nettolohns oder Nettogehalts, und das für maximal drei Monate... Als Folge des Mindestlohns steigen die Kosten der PIN-Group 2008 um 35 – 45 Millionen Euro. Wir erwarten, dass sich der größte Teil durch das Gesamtvolumen der Insolvenzgeld-Finanzierung auffangen lässt.“²² Nachdem die PIN-Group sich am 23. Januar nun doch zur Zahlung der gesetzlichen beschlossenen Mindestlöhne durchgerungen hat, kündigten sie aber zugleich die Insolvenz 19 weiterer Betriebe an. Arne Storn, der Interviewer Piepenburgs, verweist darauf hin, dass damit die Mehrkosten aus öffentlichen Geldern bezahlt werden.

Im Jahr 2006 versuchte Reneè Voelkner gemeinsam mit anderen Kollegen bei der Firma Jurex Berlin GmbH, die die Post für Bezirksämter, Gerichte und den Polizeipräsidenten in der Hauptstadt austrägt, einen Betriebsrat einzurichten. Voelkner erhielt eine Abmahnung von der Geschäftsleitung mit der Begründung, „er habe öffentlich – in einem Interview mit der Zeitschrift ver.di News – über die Einkommen bei Jurex gesprochen. »Für 40 Wochenstunden 900 Euro brutto plus eine ›leistungsabhängige‹ pauschale Zulage, die im ›Solidarprinzip‹ nach Anzahl der Briefzustellungen pro Monat und Team errechnet wird. Netto sind es rund 800 Euro.« So hatte Voelkner die Frage nach den Einkommen der Zusteller bei dem Postdienstleister beantwortet.“²³ Der Jurex-Chef begründete sein Vorgehen mit dem Verweis auf eine Klausel im Arbeitsvertrag, die den Beschäftigten jegliche Information über den persönlichen Verdienst verbietet.

Unrühmlich hervorgetan haben sich in Deutschland in ihrem Widerstand gegen Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisation auch die Discounter, unter ihnen Schlecker, Lidl, Kik-Märkte. Gegen Schlecker wurden zahllose Arbeitsgerichtsverfahren angestrengt, gegen die Firma Lidl wurde 2004 mit der Veröffentlichung „Schwarzbuch Lidl“ eine Kampagne initiiert, die das Ziel hatte, Betriebsräte in den Filialen einzurichten. Im Jahre 2006 gab es in den 400 Filialen gerade einmal 4 Betriebsräte und die Firmenleitung hatte auch mit Androhungen von Betriebsverlegungen versucht, die Beschäftigten einzuschüchtern.

Beim Aktionstag für die Menschenrechte in Discountern am 10.12. 2007 in vielen Ländern Europas forderten viele in Demonstrationen auch grenzübergreifende bessere Arbeitsbedingungen bei den Discountern.

Wie mittlerweile Dritte-Welt-Bedingungen auch in europäischen Industrienationen um sich greifen, beschrieb der italienische Autor Roberto Saviano in seinem Buch „Gomorrha“²⁴. Er schildert dort die Situation der Textilindustrie rund um Neapel: Dort kontrollieren die großen Camorra-Familien zahllose Fabriken und Sweatshops, in denen die Beschäftigten zu Sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten: „Das System von Secondigliano beherrschte längst das gesamte Textilgewerbe, das Hinterland von Neapel war das Industriegebiet, das Unternehmenszentrum geworden. Alles, was anderswo wegen rigiden Tarifvertragsbestimmungen, der Gesetze, des Marken- und Patentschutzes unmöglich war, konnte man nördlich von Neapel bekommen. In der Peripherie, die sich unter der unternehmerischen Macht der Clans strukturierte, wurden astronomische Summen umgesetzt, unvorstellbar für jedes legale Industriegebiet. Die Clans hatten alle Zweige der Textil-, die Schuh- und die Lederindustrie organisiert und waren in der Lage, Kleider, Jacketts, Schuhe und Hemden, die haargenau so aussahen wie die der großen kommerziellen italienischen Modemarken.“ Er beschreibt weiter, dass die Modefirmen aufgrund der dort geleisteten Qualitätsarbeit dies tolerieren und er schildert, wie mittlerweile um Neapel herum die Camorra mit chinesischen Firmen zusammenarbeitet bzw. selbst dort eigene Produktionsfirmen errichteten und welche Beziehungen diese Firmen mittlerweile in viele europäische und überseeische Länder aufgebaut haben. Er schildert auch, dass in diesen Fabriken rund um Neapel selbstverständlich niemand um bessere Löhne oder Arbeitsbedingungen kämpft.

Auch in den USA gibt es enorme Anstrengungen der Betriebsleitungen, den Einfluss von Gewerkschaften zurückzudrängen.

Besonders unruhlich hervorgetan hat sich hier der Wal-Mart-Konzern, einer der Welt größten Konzerne mit allein 1,3 Millionen beschäftigten in den USA und 11,3 Milliarden Gewinn im Jahr 2007. Die amerikanische Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ hat im Mai 2007 einen über 200 –Seiten-Bericht²⁵ über die Praktiken von Walmart vorgelegt. Die leitende Wissenschaftlerin äußert sich zur Situation der Betroffenen in den Wal-Mart-Firmen: „Wal-Mart Beschäftigte haben überhaupt keine Chance, sich zu organisieren, weil sie sich gegen unfaire Arbeitsgesetze und eine gigantische Firma wehren müssen, die alles tut, um Gewerkschaften rauszuhalten.“ Die Firmenleitung hat eigens ein Handbuch vorgelegt, in der detailliert beschrieben wird, wie die leitenden Angestellten vorgehen müssen.²⁶ Mehr als 775.000 Wal-Mart Beschäftigte haben keinerlei Krankenversicherung und die Beschäftigten müssen deshalb die staatlich subventionierte Krankenversorgung in Anspruch nehmen, was den US-Staat allein 9,1 Millionen Dollar kostet. Auch in den Ländern außerhalb der USA in denen Wal-Mart Filialen aufgebaut hat, sind die Praktiken des Konzern höchst fragwürdig und gewerkschaftsfeindlich. So wurde in Deutschland gerichtlich festgestellt, dass einige Passagen der Firmenethik, an die sich die Mitarbeiter halten müssen, mit deutschen Gesetzen nicht vereinbar sind – u.a. wurden die Beschäftigten aufgefordert, zu melden, wenn sie beobachten, dass sich Kolleginnen und Kollegen nicht an diese Vorschriften halten – nach deutscher Rechtsauffassung ein Aufruf zur Bespitzelung.

Auch bei der zweitgrößten amerikanischen Supermarktkette „General Growth Properties“ mit 220 Läden in 45 Staaten der USA sieht es nicht anders aus mit den Arbeitsrechten und den versuchen der Firmenleitung, die Beschäftigten einzuschüchtern bzw. zu bestechen.

Hier zwei Beispiele: Rolando Romano and Adriana López, als Reinigungskräfte bei GGP in Lone Tree, Colorado, angestellt leben in schwierigen Verhältnissen. Sie teilen sich eine kleine Zeiraumwohnung mit zwei Verwandten und ihrem Sohn, um überhaupt die Miete von 1.200 \$ zahlen zu können. Roland arbeitet im Zweitjob in einer Reinigung. „ Wenn ich Miete zahlen muss, muss ich mich entscheiden – entweder Essen, das wir dringend brauchen oder aber

die Miete.“ Während ihre 8-Stunden-Schicht reinigt sie die Tische, schrubbt die Waschbecken und Toiletten, stapelt hunderte von Esstühlen auf die Tische, Rolando reinigt die Toilettenräume, die Teppiche und die Böden. Da die Arbeitsaufgaben immer weiter ausgedehnt wurden, haben sie begonnen, eine Gewerkschaftsgruppe zu gründen. Die Firmenleitung bot ihnen jetzt eine Lohnerhöhung an. Auch María Rosa Sánchez, -46-jährige Mutter dreier Kinder und ihr Ehemann arbeiten als Reinigungskräfte bei GGP in Portland, Oregon, war erfreut, dass ihr Vorgesetzter ihr und auch anderen Beschäftigten eine Gesundheitsvorsorge anbot, da sie eine schwere Augenkrankheit hat. Dies geschah unmittelbar, nachdem die Beschäftigten begonnen hatten, eine Gewerkschaftsorganisation im Betrieb zu gründen. Obwohl sie diese Versorgung nötig braucht, da die öffentliche Krankenversorgung die Kosten einer Operation nicht abdeckt, blieb sie standhaft. „Es geht darum, dass alle Beschäftigten den notwendigen Respekt erhalten, sagt sie.

Aber nicht nur „Angebote“ gehören zur Taktik dieser Firmenleitung, in Hayward, Californien wurden im November 2007 die protestierenden Beschäftigten von prügelnden Sicherheitskräften mit Pfefferspray besprüht.

In noch gefährlicherer Situation leben die Arbeiter in Lateinamerika und in vielen asiatischen Ländern, wenn sie ihre Rechte einfordern.

Dies zeigt das Beispiel von Lay Sophead aus Kambodscha. Ihre Eltern wurden von Pol-Pot Schergen umgebracht, danach arbeitete sie als Hausmagd bei ihrem Onkel, erlitt Schläge und Demütigen. Die Schule besuchte sie bis zur fünften Klasse. Mit 15 floh sie und arbeitete als Straßenverkäuferin, Kellnerin, Bauarbeiterin. 1999 schließlich erhielt sie eine Arbeit in einer der neue entstandenen Textilfabriken, wo über 270.000 Menschen – 90 % davon Frauen – beschäftigt sind. „Sophead begann damals in einer der neuen, heißen Hallen in Phnom Penh T-Shirts zu nähen. 1.500 Mädchen waren es in der Fabrik und mindestens ebenso viele Fliegen. Es war laut und heiß. Sauberes Wasser gab es kaum, die Frauen fielen regelmäßig in Ohnmacht oder bekamen Durchfall. Wer ins Krankenhaus kam, musste selbst dafür zahlen.“²⁷ Obwohl die Fabriken die Einhaltung von Arbeitsnormen garantieren mussten, erhielt Lay Sophead ihren Lohn nur unregelmäßig, sie musste viele Überstunden leisten. Sie organisierte sich gewerkschaftlich und wurde sogar die Präsidentin der Gewerkschaft in ihrer Fabrik. „Sie kamen im Schutze der Dunkelheit. Lay Sophead hatte gerade die Luen-Thai-Textilfabrik in Pnom Penh verlassen, als sie von Männern auf einem Motorrad gepackt wurde. Sie steckten ihr einen Knebel in den Mund und schlugen sie mit einem Stock auf den Nacken. Bewusstlos wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert. Kambodscha gehört heute zu den Ländern mit den niedrigsten Löhnen. Im Januar 2008 wurden zwei Gewerkschaftsvertreter der kambodschanischen Textilgewerkschaft ermordet.

Verlagerungen – das Beispiel Nokia

Ein ultimatives Einschüchterungsmittel sind Betriebsverlagerungen – wenn ihr nicht mitmacht, dann müssen wir eben notgedrungen unseren Betrieb verlagern. Das Beispiel Nokia liefert hier anschauliche Beweise: Obwohl das Unternehmen zwischen 1995 und 1999 88 Millionen Subventionen von der EU, vom Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bochum erhalten hat, kündigte es nur nach etwas mehr als einem Jahr nach Ablauf Bindungsfrist zum Erhalt von 2.860 Arbeitsplätzen die Betriebsverlagerung nach Rumänien an – dies unter Umgehung der Informationspflicht gegenüber dem Gesamtbetriebsrat. „Das Vorgehen der Nokia-Konzernspitze widerspricht allem, wofür Europäische Betriebsräte ins Leben gerufen worden sind: Die Arbeitnehmer an unterschiedlichen Standorten in mehreren Ländern gleichzeitig zu informieren, damit sie nicht gegeneinander ausgespielt oder vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Daher muss dem Versuch des Nokia-Vorstandes, Fakten zu schaffen ohne Beschlüsse des Aufsichtsrates abzuwarten, entschieden

entgegengetreten werden. (Nokia hat übrigens schon einmal Arbeitsplätze abgebaut – von seinem finnischen Hauptbetrieb wurden 1.000 Arbeitsplätze in ein Billiglohnland verlegt.)

Laut Paragraf 33 des Gesetzes über Europäische Betriebsräte muss die Konzernleitung den Betriebsrat "über außergewöhnliche Umstände, die erhebliche Auswirkungen auf die Interessen der Arbeitnehmer haben", rechtzeitig unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen unterrichten und auf Wunsch auch anhören," erklärte der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer.

Zwar erklärte die Nokia-Betriebsleitung, Kostengründe zwängen sie zu diesem Schritt, aber es stellte sich heraus, dass der Lohnanteil bei der Produktion gerade mal 5 % beträgt. Allein im Jahr 2007 erwirtschaftete Nokia Deutschland 163 Mio. Euro Gewinne. Nachdem die Schließung des Betriebes nun beschlossene Sache ist, wurde plötzlich auch deutlich, dass die Politiker großzügig über die Tatsache hinweg gegangen waren, dass Nokia seine mit der Vergabe der Subventionen verbundene Verpflichtung, die vorhandenen Arbeitsplätze ca. 2600) auf 3459 aufzustocken, nicht eingehalten hat – gerade mal ca. 140 Arbeitsplätze mehr gab es zwei Jahre später, begründet wurde dies nach Anfragen aus dem Wirtschaftsministerium mit einem Verweis auf Marktveränderungen in Zusammenhang mit der Versteigerung von UMTS-Funklizenzen, mit denen Nokia überhaupt nichts zu tun hatte. Dass der Ankündigung der Schließung auch gleich 1.000 Kündigung folgten, nämlich die der Leiharbeiter, wirft ein grelles Licht auf einen weiteren Faktor der Verschlechterung der Situation von Beschäftigten, den Abbau sozialer Rechte für Leiharbeitsbeschäftigte und einer damit verbundenen Möglichkeit, für Unternehmen, „flexibler“ zu agieren.

Erst im November 2007 hatte sich die Bundesregierung im Europäischen Parlament gegen eine Verbesserung des Leiharbeitsgesetzes gewehrt. Die Mehrheit der Länder wollte das Europäische Gesetz über Leiharbeit verbessern, indem der Lohn der Leiharbeit schon nach zwei Monaten dem betriebsüblichen angeglichen und eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden festgeschrieben werden sollte. Sie votierte dagegen, weil dies bedeutet hätte, dass auch die Bereitschaftsdienste der Ärzte dann hätten bezahlt werden müssen. (Auf die Leiharbeit und ihre Auswirkungen wird in einem gesonderten Kapitel noch eingegangen.)

Im Falle Nokias wird erstmals sehr krass deutlich, dass die Verlagerung nicht aus Gründen zu hoher Lohnkosten geschieht, sondern weil anderswo noch günstigere Bedingungen geboten werden. Der Gewinn, den Nokia im Jahre 2007 mit diesem Werk erlangte belief sich auf 163 Millionen Euro. Rumänien erhielt aus dem EU-Fördertopf 700 Mio. Euro zum Aufbau wirtschaftlicher Infrastrukturen, insbesondere auch für neue Technologiebereiche. In dem kleinen Dorf Jucu, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Cluj, ist für 30 Millionen Euro ein Gebiet erschlossen worden, auf dem neue Hallen, das „Nokia Village“, für 3.500 Arbeitskräfte erbaut wurde, und dies durch eine deutsche Firma, die Goldbeck GmbH, mit Hauptsitz in Bielefeld. Von hier aus soll der osteuropäische Markt erschlossen werden. Kein Wunder also, dass Nokia sich diese Pfründe sichern will zumal im Jahre 2006 die Durchschnittslöhne im verarbeitenden Gewerbe in Rumänien gerade einmal ca. 277 Euro betragen, im Nokia Werk in Rumänien jedoch erhalten die Beschäftigten nicht diesen Durchschnittslohn, sondern nur ca. 220 Euro.

Die Verlagerung großer Teile der industriellen Produktion in die Billiglohnländer, die aufgrund der Armut begierig jede sich bietende Möglichkeit nutzten, Arbeitsplätze zu schaffen, auch wenn dabei geltende Gesetze und Normen größtenteils missachtet werden, erhöhte die Arbeitslosigkeit in vielen industriellen Hauptländern. Allein in Deutschland verloren im Textilbereich zwischen 1990 und 2000 mehr als 900.000 Menschen – darunter überwiegend Frauen – ihren Arbeitsplatz.

Jedoch auch in anderen Sektoren zeichnet sich innerhalb Europas eine Verlagerung in die Länder mit niedrigeren Löhnen ab. Bereits im Jahr 2006 erklärten 81 Prozent der Führungskräfte der IT-Industrie Deutschlands, der Schweiz und Österreichs, die an einer Befragung der Schwartz Public Relations und Eurocom Worldwide teilnahmen, dass in ihrem Land Arbeitsplätze im Bereich technische Fertigung durch Verlagerung in Billiglohnländer wie China, Indien und Osteuropa gefährdet sind. 58 Prozent gehen inzwischen sogar davon aus, dass auch Arbeitsplätze im IT-Dienstleistungsbereich ins Ausland verlagert werden. Das Unternehmen Roland Berger stellte in einer Befragung 2004 fest, dass auch in Deutschland der Trend zur Auslandsverlagerung von Industriebetrieben sich beschleunigt, so planen 90 Prozent der Unternehmen in den nächsten fünf Jahren Produktionskapazitäten aus Deutschland abzuziehen und bevorzugt in Osteuropa oder Asien anzusiedeln. Geschäftsführer und leitende Manager von 70 führenden deutschen Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau sowie der Automobilzuliefer- und Elektroindustrie wurden befragt. Etwa die Hälfte der Firmen gehört dem Mittelstand an, je rund ein Viertel waren kleine Betriebe oder Großunternehmen.

Längst geht es bei der Verlagerung nicht mehr nur um einfache Fertigungsarbeiten, bereits 13 Prozent der Firmen verlagern hochkomplexe Systeme und technologisch anspruchsvolle Baugruppen ins Ausland. Außerdem werden auch Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Verwaltung ins Ausland verlagert. Es sind längst nicht mehr nur Großbetriebe, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen die mehr und mehr über Verlagerungen nachdenken.

Der Trend zur Auslandsverlagerung beschleunigt sich. 90 Prozent der Unternehmen planen, in den nächsten fünf Jahren weitere Produktionsstufen ins Ausland zu verlegen. Zum Vergleich: In den letzten zehn Jahren haben 69 Prozent Unternehmensteile aus Deutschland abgezogen. Nur 10 Prozent der Unternehmen verfolgen keine Verlagerungsabsichten. Während der vergangenen zehn Jahre hatten noch 31 Prozent auf Auslagerungen verzichtet. Da die betroffenen Firmen die Qualität und Produktivität der in diesen Betrieben geleisteten Arbeit als gleichwertig einschätzen, Materialkosten und vor allem auch Löhne und Gehälter dort billiger sind, ist die Verlagerung offenbar ein lukratives Unternehmen.

In den USA haben die Verlagerungen schon zu einem gravierenden Arbeitsplatzabbau im verarbeitenden Gewerbe geführt, der Anteil der in der Produktion Tätigen reduzierte sich in den letzten 30 Jahren von 44 Prozent auf knapp über 20 Prozent. Wie eng erste und "dritte" Welt zusammenrücken, zeigt in den USA nicht nur die Situation an der Grenze zu Mexiko, sondern auch die Lebenssituation von über Millionen Menschen (die Zahlen schwanken zwischen 7 u. 22 Millionen), die dort illegal leben und arbeiten. Sie arbeiten auf den Feldern in den Weinbergen, auf den Farmen, im Reinigungsservice, im Baugewerbe, in Hotels und den zahllosen Coffeeshops zu Bedingungen, für die andere Amerikaner schwerlich arbeiten würden. Aber selbst staatliche Stellen beschäftigen illegal Lebende, stellte eine Untersuchung im Jahre 2006 fest.²⁸

In den USA hat sich in den letzten Jahren ein Widerstand gegen die Illegalen entwickelt, Schulen seien überfüllt, der Staat müsse für sie Unsummen im Gesundheitswesen ausgeben und sie seien Ursache der hohen Kriminalität. Pablo Alvarado vom National Day Laborer Organizing Network sagt zur Angst der Amerikaner: „Ohne uns hätte die amerikanische Mittelschicht ihre Lebensqualität in den vergangenen Jahren nicht so deutlich erhöhen können. Wir passen auf die Kinder auf, kochen, putzen, gärtnern und räumen den Dreck weg“.²⁹

Frauen als Hauptbetroffene

Wie schon betont, sind von den prekären Arbeitsverhältnissen vor allem Frauen überproportional betroffen. Franziska Wiethold, Leiterin des Bundesfachbereichs Handel bei der Gewerkschaft verdi, machte darauf aufmerksam, dass Frauen schon im Jahre 2004, „zwischen 28% und 22% weniger als 2/3 des Durchschnittseinkommens“ erhielten und obwohl sie nur „37,5% aller Vollzeitarbeitsplätze innehaben, gehören 57 % zur Gruppe der Niedrigverdiener.“³⁰

Neben der allgemeinen Senkung der Einkommen ist in Europa ein Trend zu beobachten, dass sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern seit etwa 1990 wieder verschärfen. Die Europäische Stiftung zur Untersuchung von Lebens- und Arbeitsbedingungen hat 2005 eine umfassende Untersuchung über diese Entwicklung vorgenommen und hat festgestellt das 50 % aller Frauen in allen Gehaltsgruppen am untersten Ende der Gehaltskala stehen, während nur ca. 20 % der Männer an ähnlicher Position zu finden sind. Begründet liegt dies vor allem in der Dominanz der Teilzeitarbeit bei Frauen. Aber auch der Lohnunterschied bei Vollzeitarbeit ist beachtlich. In den Hochlohnbereichen sind in allen Ländern in allen Gehaltsgruppen Frauen nur gering vertreten. Dabei reichen die Werte von unter 10 % in Italien und Portugal bis über 20 % in Deutschland, in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich.

Die Uno hat 2007 einen Bericht zu den globalen Beschäftigungstrend von Frauen herausgegeben. Darin wird festgestellt, dass zwar mehr Frauen auf den Vollzeit-Arbeitsmarkt eine Arbeit suchen, aber das Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen ist vor allem in den ärmeren Regionen nicht ausreichend. Frauen haben es nicht nur schwerer einen guten, menschenwürdigen Arbeitsplatz zu finden, sie sind immer noch häufiger in irregulären oder informellen Beschäftigungen zu finden und erhalten weit weniger Lohn auch in den traditionellen Frauenberufen. Nach wie vor tragen sie die Hauptlast der Hausarbeit in allen Regionen der Welt..

Weltweit machen sich die Unternehmen mehr denn je die gesellschaftliche Arbeitsteilung, vorherrschende gesellschaftliche Normen und die geringe Erfahrung der Frauen bei der Organisation von Widerstandmaßnahmen zunutze, um ihre Gewinninteressen und die Interessen ihrer Aktionäre durchzusetzen.

Millionen von Beschäftigten weltweit – darunter überproportional Frauen - müssen sich mit Löhnen zufrieden geben, die zum Leben nicht ausreichen und nur ein Leben in Armut für sich und häufig auch für ihre Kinder ermöglichen. Weiterhin müssen Millionen von weniger als 1 \$ pro Tag leben, 60 % der „working poor“ sind Frauen. Sie können aufgrund fehlender Verträge und wechselnder Beschäftigungszeiten immer weniger eine Lebensperspektive entwickeln, die ihnen und ihren Kindern auch nur über einen längeren Zeitraum die Möglichkeit lässt, ihr Leben zu planen und soziale Beziehungen einzugehen. Immer schwerer wird es, Rechte durchzusetzen, immer gravierender die Versuche, jeden Widerstand zu unterdrücken. Begleitet wird diese Entwicklung mit einer Missachtung grundlegender Rechte und gesetzlichen Normen, nicht selten sogar mit einer eklatanten Verletzung von Menschenrechten.

Gibt es bald nur noch ein Heer von Arbeitskräften, dass zu jeder Zeit und zu allen Bedingungen seine Arbeitskraft anbieten muss, damit die Betriebe konkurrenzfähig bleiben und ihre Dividende ausschütten können? Wie ist es mit der sozialen Verantwortung von Unternehmen bestellt?

Die vielbeschworene Behauptung, mit mehr Wirtschaftswachstum würden auch mehr Arbeitsplätze entstehen – wobei man im allgemeinen davon ausgeht, dass es sich hier auch um Arbeitsplätze handelt, die die Menschen ernähren können, stimmt längst nicht mehr. Nach dem UN-Bericht zur sozialen Lage 2007 ist zwar die Weltwirtschaft zwischen 1996 und 2006 jährlich um 3,6 Prozent gewachsen, dennoch ist in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit von 6 auf 6,3 Prozent angestiegen, und obwohl mehr Frauen auf den Erwerbsmarkt drängten, sind sie es, die von Arbeitslosigkeit, geringem Verdienst und schlechten sozialen Bedingungen am stärksten betroffen sind.

Weiterhin heißt es in der Zusammenfassung zu diesem Bericht:³¹

- „In der gegenwärtigen Phase der Globalisierung haben sich die Arbeitsmärkte in Richtung größer wirtschaftlicher Unsicherheit und verstärkter Ausprägung der meisten Formen von Ungleichheit entwickelt, was nachteilig auf die Möglichkeit der Menschen eine menschenwürdige und befriedigende Arbeit zu finden ausgewirkt hat.
-
- Viele Regierungen und Firmen weltweit haben in ihrem Bestreben nach Selbsterhalt und Wettbewerbsfähigkeit zahlreiche Schritte unternommen, um die Arbeitsflexibilität zu erhöhen was die Unsicherheit bei größeren Gruppen von Beschäftigten erhöht hat.
- Weltweit hat sich Arbeit im informellen Sektor und befristete Arbeit ausgeweitet, was zu geringeren Anspruchsrechten und geringerer Sicherheit bei den Beschäftigten geführt hat.
- Die gegenwärtige Deregulierung, Privatisierung und Marktorientierung der sozialen Dienste hat zu einer Verringerung der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten geführt, außerdem zu einem Verlust der Möglichkeiten dieser Beschäftigten, ihre Rechte zu artikulieren
- Gesetzliche Verträge und kollektiv ausgehandelte Verträge werden mehr und mehr zugunsten von Verträgen verdrängt, die individuell zwischen den Arbeitgebern und den Beschäftigten ausgehandelt werden und zu einer Verschiebung der Machtballance zugunsten der Arbeitgeber geführt haben.
- Die Beschäftigungssicherheit wird darüber hinaus aufgrund der globalisierten Finanzmärkte und der Entstehung eines globalen Arbeitskräfteangebots unterminiert.
- Gesetzliche Regelungen werden durch Formen der Selbstregulierung als Bestandteil einer Liberalisierung die mit der Globalisierung einherging ersetzt und führen zu größerer Unsicherheit.“

Wenngleich es zwischen den hochindustrialisierten Ländern und den Entwicklungsländern noch gravierende Unterschiede vor allem in der Verteilung der Mittel gibt uns unzweifelhaft die Armut in Asien, Afrika und Lateinamerika weitaus größer als bei uns ist, zeigen sich jedoch auch einige beunruhigende Tendenzen der Annäherung von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Sie bestehen in folgenden Punkten:

- Trotz weltweit gewachsenen Wohlstand müssen immer mehr Menschen zu Löhnen arbeiten die ihnen kein menschenwürdiges Dasein ermöglichen – Frauen und Kinder sind die großen Verlierer

- Arbeitsgesetze und Arbeitsrechte werden stärker denn je in Frage gestellt oder sind immer schwerer durchzusetzen.
- Arbeitsplätze werden immer unsicherer, da die Firmen nach Belieben ihren Standort wechseln.
- Eine langfristige Lebensplanung wird für viele Menschen immer schwieriger, viele müssen ihren Lebensunterhalt weit entfernt von ihrer Familie verdienen.
- Widerstand gegenentwürdige Löhne und Lebensbedingungen wird immer stärker auch mit ungesetzlichen Methoden und kriminellen Praktiken unterdrückt.

Es stellt sich die Frage worin die Ursache dieser Parallelen zu sehen sind und welche Widerstandsformen und –erfolge bislang erreicht werden konnten. Dabei sollen auch die Argumente der Unternehmen und ihrer Organisationen sowie der sie unterstützenden Politiker untersucht werden.

1 Report Mainz am Schuffen für HungerlöhneDas Elend der Briefzusteller

2 Quelle: WSI-Mitteilungen, 5/2007, S. 271.

3 <http://www.spd-ditzingen.de/?nr=6297&menu=1>

4 Informationsmaterial Hamburg-Ver.di Nord

5 http://www.d-a-s-h.org/dossier/09/06_keinen_lohn.html,22.02.08

6 www.24stunden-betreuung.de,

7 <http://www.private-pflege.info/html/leistungsbeschreibung.html>

8 hier verstanden als eine Einkommensgrenze von 60 % unter dem Durchschnittslohn

9 S. 19

10 entnommen: The Nation, Beth Shulman, Working Poor in the USA, 9.02.2004

11 Research on Working & Living Conditions of Women in Export Processing Zones (EPZ),and Sweatshops in Indonesia Report Sudwind and UCM Jakarta 13 July 2004

12 Pape, Klaus (Hg.)Arbeiten ohne Netz, Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen, Hananover 2007

13 Chan Jenny Wai-ling; Gender and Global Labor Organizing;Migrant Women Workers of Garment Industry in South China, A paper prepared for the Conference hosted by Sweatshop Watch and supported by the Marianas Fund of the Tides Foundation, 8-9 May, 2005, Denver, Colorado USA

14 Domoney, Ruth, Labor Behind the Label, Briefing on the Chinese Garment Industry

15 Abmayr, Hermann G.: Weiß Fräulein Li, was ein Mindestlohn ist?. Freitag 18.01.2008

16 Workers Response to the Main Points in the GP Statement March 2006

17 Jobben für null Euro, publik 10 Oktober 2007, S. 11

18 DIE ZEIT 17.11.2005 Nr.47, http://www.zeit.de/2005/47/Kasten_Bau

19 (Autor : Michael Knoche-Gattringer, Quelle: "Der Grundstein/Der Säemann", April 2007)

20 <http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=2689408/7hkqs8/index.html>

21 <http://www.reportmainz.de>, 29.10.2007, 21.45 Uhr, Report Mainz, Das Erste,Letzte Änderung am: 30.10.2007, 14.02 Uhr , abgerufen 31.11.2007

22 Es kann fast alle treffen, Zeit 3/10.08.2008, S. 20

23 http://www.labournet.de/branchen/dienstleistung/tw/sonstige/jw_behr_151206.html

24 Saviano, Roberto, Gomorrha, München 2007, s. 51 ff.

25 United States Discounting Rights Wal-Mart's Violation of US Workers' Right to Freedom of Association

26 <http://hrw.org/english/docs/2007/05/01/usdom15797.htm>, Report: <http://www.union-network.org/unisite/sectors/commerce/Multinationals/Wal-Mart%20management%20handbook%20on%20union%20busting.pdf>

27 Kohlenberg Kerstin: Die Näherin und die gekaufte Moral, DIE ZEIT 06.04.2006 Nr.15

28 Bush hit over jobs for illegal workers,Washington times vom 23.08. 2007,

<http://www.washingtontimes.com/apps/pbcs.dll/article?AID=/20070823/NATION/108230096/1001&template=nextpage>

29 Gärtner raus, ZEIT 6.09.2007, S. 37

30 Pape, Klaus (Hg.)Arbeiten ohne Netz, Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen, Hananover 2007

31 UN, The Employment Imperative, Report on the World Social Situation, Summary unter <http://www.un.org/esa/socdev/rwss/media07/index.html>, Übersetzung EL